

## WILHELMSHAVEN

Das ist ein weiser Mann, der sich an eines andern Unfall bessern kann.

**Martin Luther** (1483 - 1546), dt. Theologe und Reformator.

## Spiegel ab!

Die Freude hielt sich in Grenzen, als Jans Bekannter Sven am Donnerstag in seiner Mittagspause eben zu seinem Auto spazierte, um darin etwas zu verstauen. Schon aus der Ferne bemerkte er nämlich, dass der Außenspiegel auf der Fahrerseite im wahrsten Sinne des Wortes „ziemlich schräg“ hing.

Bei näherer Betrachtung bestätigte sich der Verdacht. Ein anderer Verkehrsteilnehmer muss beim Passieren angeeckt sein und dabei den Spiegel zerstört haben. Eine Kerbe inmitten der Verkleidung ist deutlich zu erkennen, der Spiegel aus der Halterung gebrochen. Das ist allerdings auch schon alles, was der Verursacher hinterlassen hat.

„Es kann immer mal etwas passieren, dass man versehentlich irgendwo etwas beschädigt. Davon sollte sich auch niemand freisprechen. Aber jeder sollte zumindest den Anstand haben, sich um den Schaden zu kümmern und die Polizei zu verständigen. Nur die Kontaktdaten ans Auto heften reicht bekanntlich nicht aus, sondern zählt als Fahrerflucht“, sagt Sven.

Dabei sollten Verursacher auch immer im Hinterkopf haben, dass eine Fahrerflucht eine Straftat ist, so

# Mehr Verantwortung im Bündnisrahmen

**SICHERHEIT** Was Staatssekretärin Siemtje Möller (SPD) zur aktuellen Verteidigungspolitik sagt

VON MICHAEL HALAMA

**WILHELMSHAVEN/FRIESLAND** – Deutschland wird künftig deutlich stärker als bislang seiner Führungsrolle in Europa gerecht werden – gerade auch sicherheitspolitisch. „Wir haben uns verpflichtet, die gemeinsam formulierten Ziele zu unterstützen. Insbesondere unser militärischer Beitrag zur Nato ist dabei Gradmesser für den Zusammenhalt in der Allianz.“ Deshalb werden künftig zum Beispiel auch mehr Soldaten als bislang in Bündnisstaaten entlang der Grenze zu Russland – der Nato-Ostflanke – Präsenz zeigen. Das sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Siemtje Möller in ihrem Vortrag „Neue deutsche Verteidigungspolitik“ auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) und des Standortältesten der Bundeswehr vor mehr als 130 Teilnehmern im Gorch-Fock-Haus.

„Unsere Verteidigungspolitik basiert unverändert auf der festen Verankerung Deutschlands in der Nato und EU“, sagte die SPD-Politikerin. „Sie sind die krisenbewährten Systeme kollektiver Sicherheit im euro-atlantischen Raum. Hieran hat sich durch den brutalen, völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine und der damit sichtbar gewordenen ‚Zeitenwende‘ nichts geändert.“

Die Neuausrichtung der



Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Verteidigung, mit dem Standortältesten, Fregattenkapitän Robert Uebe, und Berend Burwitz, Vorsitzender der GSP-Sektion Wilhelmshaven/Friesland. BILD: BJÖRN LÜBBE

deutschen Streitkräfte wieder stärker hin zur Landes- und Bündnisverteidigung sei bereits nach der russischen Annexion der Krim mit dem Weißbuch 2016 und der Konzeption der Bundeswehr 2018 eingeleitet worden.

Nun liefert Deutschland sogar Waffen in Krisengebiete – und will künftig die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben. Mit dem gerade vom Bundestag beschlossenen Sondervermögen in Hö-

re von 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr in den nächsten Jahren endlich auftragsgemäß ausgestattet werden mit besserer Ausrüstung und modernem Material. „Damit trägt die Bundesregierung der geänderten Sicherheitspolitischen Lage in Europa, aber vor allem auch der besonderen Verantwortung Deutschlands Rechnung“, sagte Möller.

Der Krieg in der Ukraine hat in Deutschland ein Interesse an Sicherheitspolitik geweckt. Doch unklar ist, ob die

Politik ein tieferes Verständnis für die Wehrhaftigkeit einer Wertegemeinschaft im Bündnis wach halten und stärken kann. Offen blieb zudem, wer jetzt realisierbare Lösungswege aufzeigen könnte, um die drängenden Probleme beim bürokratisierten Beschaffungswesen der Bundeswehr und bei der völlig überlasteten staatlichen Bauverwaltung endlich anzupacken.

Beim Zivil- und Katastrophenschutz – durchaus ein wichtiger Aspekt der Sicher-

heitspolitik – sollten sich alle darauf einstellen, dass die Bundeswehr nicht mehr wie gewohnt zur Verfügung steht, sagte Frieslands Landrat Sven Ambrosy bei der anschließenden Diskussion. „Jetzt heißt es, die Streitkräfte müssten sich stärker auf ihre Kernaufgaben fokussieren.“ Die Bevölkerung sei auf ernste Krisen jedoch nicht vorbereitet – und sollte sich zum Beispiel bei der Notfall-Bevorratung ihrer Eigenverantwortung bewusst sein, mahnte er.

## Hauptstraße weiter gesperrt

**SENGWARDEN/WZ** – Die Sengwarder Hauptstraße bleibt voraussichtlich noch bis Freitag, 17. Juni, gesperrt. Nach wie vor sind die Arbeiten nach einem Wasserrohrbruch nicht abgeschlossen. Aufgrund des Schadens ist die Straße im Bereich der Hausnummer 55 voll gesperrt. Eine Umleitung über die L 810 ist ausgeschildert.

## VERKEHRSHINWEISE

**WILHELMSHAVEN/WZ** – In Wilhelmshaven gibt es einige Verkehrsbehinderungen. Hier eine Auswahl:

■ Sperrung der Sengwarder Hauptstraße bis voraussichtlich Freitag, 17. Juni, nach einem Rohrbruch. Umleitung über die L810.

■ Vollsperrung der Bremer Straße zwischen Werft- und Paul-Hug-Straße (bis voraussichtlich Ende August)

■ Vollsperrung der Bismarckstraße, stadtauswärts zwischen Werft- und Friedrich-Paffrath-Straße (bis voraussichtlich 17. Juni)

■ Sperrung der Deichbrücke (Umleitung für Radfahrer und Fußgänger über Behelfsbrücke, für Autos über Rüstinger- oder Kaiser-Wilhelmbrücke)

■ Sperrung des Radweges auf dem Friesendamm von Kreuzweg Ölhafendamm bis Höhe Pumpwerk Ost (bis voraussichtlich 15. Juli)

■ Halbseitige Sperrung (bis 10. Juni) und Vollsperrung (13. bis 21. Juni) der Werftstraße

## Plumpe Sprüche sind keine Komplimente

**AKTION** Was sich hinter Catcalls verbirgt

**WILHELMSHAVEN/MH** – Ein anzügliches Hinterherpfeifen oder ein plumper Anmachspruch auf der Straße: Es fängt schon mit vermeintlich harmlosen Aktionen an, das sogenannte Catcalling. „Catcalls sind keine Komplimente, sondern verbalisierte, sexualisierte Belästigungen im öffentlichen Raum“, erläutert Nicole Biela, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wilhelmshaven. „Auch die ungewollte Konfrontation mit Bildern oder Videos sexuellen Inhalts im Netz werden unter dem Begriff Catcall zusammengefasst“, sagt Biela.



Nicola Biela  
BILD: BJÖRN LÜBBE

Oft seien es jüngere Frauen, die von dieser Art der Belästigung betroffen sind. Sie wirken sich körperlich und emotional aus: Betroffene berichteten von Symptomen wie Muskelverspannungen, Atembeschwerden, Schwindel und Übelkeit sowie starker Angst beispielsweise vor Vergewaltigung oder davor, die eigene Privatsphäre nicht schützen zu können.

„Rund 44 Prozent aller Frauen und 32 Prozent aller Männer haben laut einer Studie des Bundesfamilienminis-

teriums solche sexistischen Angriffe schon erlebt“, so Biela, die von einem gesellschaftlichen Problem spricht, „das derzeit noch nicht als Straftatbestand beziehungsweise Ordnungswidrigkeit gilt. Das kann nicht so bleiben!“

Im Zuge eines bundesweiten Aktionstages haben sich mehr als 40 Kommunen und Landkreise zusammengetan und machen auf die Auswirkungen von Catcalling aufmerksam. Damit das Thema in Wilhelmshaven noch stärker in den öffentlichen Fokus rückt, bittet Biela um Mithilfe: Sie ruft dazu auf, Catcalls auf hiesigen Straßen unter Beschreibung des Vorfalles in einem Satz sowie mit genauer Orts- und Datumsangabe per E-Mail an [KeinKompliment@wilhelmshaven.de](mailto:KeinKompliment@wilhelmshaven.de) zu melden. Am nächsten bundesweiten Aktionstag (9. Juni 2023) werden engagierte Bürger und regional organisierte Aktionsgruppen diese Übergriffe mit Kreide an dem Ort sichtbar machen, an dem sie stattgefunden haben.

Die Gruppe „CatCalls of Wilhelmshaven“ kreierte derartige Meldungen in der Jadestadt bereits an (Instagram: #catcallsowilhelmshaven). Zudem ruft die Gleichstellungsbeauftragte alle, die Zeuge eines Catcalls werden, auf, einzuschreiben.

**Bauverein Rüstingen**  
Alles im grünen Bereich.

**MEIN BEREICH ZUM INFORMIEREN.**

Der Geschäftsbericht 2021 ist da!

Der Bericht für das Geschäftsjahr 2021 liegt ab sofort in unserem Service- und Info-Haus, Störtebekerstraße 1, für alle Mitglieder zur Einsichtnahme nach telefonischer Terminabsprache aus. Schauen Sie doch einfach mal rein: Bei uns ist garantiert alles im grünen Bereich.

Der Vorstand der Bauverein Rüstingen eG  
Lutz Weber und Jochen Borchers